



Einzelpreis 10 Pfg.

Die 'Freiheit' erscheint morgens und nachmittags, an Sonntagen und Feiertagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Berlin-Gewie bei direktem Postweg ohne Bestellgebühr monatlich 2 M., bei Zustellung aller Straßendörfer 4 M. Die 'Freiheit' ist in den ersten Nachtrag der Postzeitungsliste für 1919 eingetragen. Redaktion: Berlin NW. 6. Schiffbauerdamm 10 III. Fernsprecher: Amt Norden 2895 und 2896.

Abend-Ausgabe

Inserate kosten bis Nebegepost. Tagespost 20 Pf., Nachtpost 30 Pf., 'Mittags-Ausgabe' das fertige Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 15 Pf., Leerräumung 30 Pf. Bei Familien- und Versammlungsanzeigen fällt der Zuschlag fort. Insetate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 5 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein. Expedition: Berlin NW. 6. Schiffbauerdamm 10. Fernsprecher: Amt Norden 2896.

Die Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Jahrgang 2

Sonnabend, den 18. Januar 1919

Nummer 33

Neue Beweise für den Meuchelmord.

Der Meuchelmord.

Wir erhalten fortgesetzt neue Angaben, die unsere Darstellung des feigen Meuchelmordes an den Genossen Liebknecht und Rosa Luxemburg bestätigen.

Zwei zuverlässige Zeugen haben ehrenwürdig das Folgende ausgesagt:

Die Ermordung Karl Liebknecht's und Rosa Luxemburg's ist nicht vom Publikum, sondern von den Soldaten unter Anführung von Offizieren erfolgt. Von einer Volksmenge vor dem Hotel zur Zeit der Abführung Liebknecht's und Rosa Luxemburg's konnte keine Rede sein. Das gesamte Personal des Eden-Hotels wird, wenn es eiblich vernommen wird, diese Aussagen müssen. Der Direktor des Eden-Hotels kam am Mittag nach der Ermordung mit der „A. B.“ zu dem Personal, ließ ihm den Bericht vor und erklärte dazu: So haben sich die Dinge angehalten. Das ist's nicht! Ueber alles andere habe ich den Mund zu halten. Von dem Personal des Eden-Hotels ist ausgesagt worden, daß Liebknecht und Rosa Luxemburg auf das Scheußliche von den Soldaten mißhandelt worden seien. Liebknecht habe in der Notwehr den Soldaten in die Hand gebissen. Liebknecht wurde mit Häuten und Gewehrkolben so schlimm ausgerichtet, daß er zusammenbrach. Dann wurde er fortgeschleppt und im Auto erschossen. Ein Soldat rühmte sich dessen offen vor dem Personal des Eden-Hotels. Er erklärte, er habe sich nicht erst die Mühe nehmen wollen, Liebknecht in Knast einzusperren, und außerdem habe er verhindern wollen, daß Liebknecht von Moabit wieder entlassen würde.

Genossin Luxemburg wurde nach der Aussage des Personals ebenfalls auf das Furchterliche mißhandelt, mit Häuten und Gewehrkolben auf den Kopf geschlagen, bis sie zusammenbrach. Ob sie ohnmächtig gewesen oder bereits totgeschlagen, konnte das Personal nicht feststellen. Von den Soldaten sei sie dann im Flur herumgeschleppt worden und schließlich auf das vor dem Hause haltende Auto geworfen und dann vom Chauffeur, nach Lehrs Aussage, in den Kanal geworfen. Einer der beteiligten Soldaten besaß die ungläubliche Geschäftigkeit, einen Schuh der Genossin Luxemburg, der bei dem Umherstreifen im Flur ihr vom Fuß gefallen war, in der Nähe des Eden-Hotels auszubieten.

Die Untersuchung.

Der „Vorwärts“ berichtet, daß der Genosse Haase dem Kriegsgerichtsrat Kurbia, der die Untersuchung gegen die am Morde Liebknecht's beteiligten Soldaten führt, erklärt hat: „Wir kennen uns ja, ich habe zu Ihrer Objektivität das vollste Vertrauen.“ Der „Vorwärts“ will mit dieser Darstellung den Glauben erwecken, als ob auch nach der Auffassung Haases alles geordnet sei, um das vollste Licht über die unmenliche Schandtat, die an Liebknecht und Rosa Luxemburg verübt worden ist, zu verbreiten. Haase hat dagegen ledialich dem ihm als Berufskollegen bekannten Kriegsgerichtsrat Kurbia, der seine Objektivität hervorhob, bestätigt, daß er ihm vertraue, alles zu tun, um in objektiver Weise die Untersuchung zu führen. Haase hat aber auch die Ansicht vertreten, daß daneben, nach dem Vorbilde der englischen parlamentarischen Untersuchungskommission, eine mit Machtbefugnissen ausgerüstete Sonderkommission eingesetzt werden müsse, und zwar aus Vertrauensleuten des Proletariats, die selbständig allen Spuren der grausigen Tat nachgehen und alle Schuldigen, die kriminellen Verbrecher und die politisch Verantwortlichen, zu ermitteln die Aufgabe hat.

Da die Regierung früher bereits eine politische Sonderkommission, bestehend aus Weinmann, Weinberg und Bergmann, eingesetzt hat, so kann sie sich nicht mit dem Vorwande schüzen, daß sie dazu nicht beauftragt sei. Wir fordern auf das nachdrücklichste immer wieder eine politische Sonderkommission aus Vertrauensmännern des

Proletariats und werden unsererseits nicht ruhen, bis die Garantie gegeben ist, daß nichts veruntet wird.

Wähler und Wählerinnen!

Nicht in der Lust der Freiheit, sondern in der Atmosphäre des weißen Schreckens finden die Wahlen zur Nationalversammlung statt.

Wie in Feindesland unter Lubendorff, so haust jetzt die Soldateska Ebert-Scheidemann-Roske in der Heimat gegen die eigenen Volksgenossen.

Physisch und geistig wird die Bevölkerung terrorisiert.

Der feine Meuchelmord an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg krönt das Werk der Gegenrevolution und ihrer rechtssozialistischen und demokratischen Helfershelfer.

Alle diese Parteien rüsten mit dem Aufgebot aller Kraft, unter Einsetzung ihres gewaltigen Apparats, vor der Nationalversammlung Besitz zu erobern, um das Volk wie in den 4^{1/2} Kriegsjahren so auch weiterhin zu betrügen und zu knechten.

Nachdem ihnen die auch-sozialistische Konterrevolution die bewaffnete Gewalt ausgeliefert hat, erhoffen die bürokratischen Parteien vom 19. Januar den Sieg der kapitalistischen Reaktion, die Befestigung der bürgerlichen Ordnung.

Wähler und Wählerinnen! Macht diese Hoffnungen zunichte!

Keine Stimme für die Schlichthalter der Gegenrevolution, für die Mitschuldigen an der Ermordung Liebknecht's und Luxemburg's.

Wählt die Liste der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Gegen die Mörder.

Der Protest im Reich.

Leipzig, 18. Januar. Der Arbeiter- und Soldatenrat gab gestern die Parole zur allgemeinen Niederlegung der Arbeit aus. Dieser Aufforderung ist heute in weitgehendem Maße Folge geleistet worden. Ein großer Demonstrationzug bewegte sich durch die Stadt. Seit Frei-tag ruht der Straßenbahnverkehr vollständig.

Hamburg, 17. Januar. Die Reuener-Kommission des Arbeiterrates beschloß für Hamburg, Altona und Umgegend zu morgen, Sonnabend, den allarmierenden Ausstand und eine große Kundgebung aus Sympathie für Liebknecht und Rosa Luxemburg.

München, 17. Januar. Die Reichshüter von dem entscheidenden Ende Karl Liebknecht's und Rosa Luxemburg's neigen wie uns in Ehrfurcht vor den aufrechten Kämpfern der sozialistischen Idee.

Vollzugsrat der Arbeiterräte Bayerns.
Zoller. Randlinger. Such. Aroepelin.
Steinmeyer.

Waffenstillstand mit Polen.

Wien, 17. Januar. Im Laufe des gestrigen Tages haben sich polnische Unterhändler nach Lissa begeben. Dort finden heute mit deutschen Regierungsvvertretern Unterhandlungen statt, die darauf hingingen, einen allgemeinen deutsch-polnischen Waffenstillstand zuwege zu bringen.

Zwei Welten.

Die letzten Hüllen sind gefallen: Kalt und starr blickt und das grinsende Antlitz der scheußlichsten Konterrevolution ent gegen.

Was die Bourgeoisie und ihre verkappten Helfershelfer, die führenden Kreise der Mehrheitssozialisten gewollt haben, ist geschehen. Berlin hat aufgehört, das Herz der Revolution zu sein. Seine Arbeiter sind entwaffnet, das Bürgerturn bewaffnet und die Stadt mit Truppen überschwemmt, die die konterrevolutionären Generale schon seit Wochen fürsorglich zusammengestellt und für die Unterdrückung der Revolution bereitgehalten haben.

In den Straßen Berlins herrscht der Terror. Auch die elementarsten Garantien der Unantastbarkeit der Persönlichkeit und der Rechtssprechung sind vernichtet. Truppen des Oberbefehlshabers Roske und Weiße Gardes, von ihm ausgerückt, brechen in die Wohnungen friedlicher Bürger ein, nehmen willkürliche Verhaftungen vor, rauben und plündern, mögen sich standrechtliche Befugnisse an, treten immer frecher und herausfordernder als die eigentlichen Herren der Hauptstadt auf.

Die Stadt ist in einzelne Bezirke geteilt, die den Befehlshabern der herangezogenen und neugebildeten Truppen teile unterstellt sind. Ordnung und Sicherheit soll angeblich wiederhergestellt werden, die Wahlen zur Nationalversammlung sollen gesichert werden. Aber trotz dieser pompösen Ankündigungen schreitet Mister Lynch durch die Straßen und all die aufgebotenen Gardes dienen nur als Anlässe für den ausgepeitschten Nachbarschaft des bürgerlichen Robs und die Pogrominstinkte behördlich konzessionierter Banditen.

Die Zuhälter der Gegenrevolution, die Herren Ebert, Scheidemann, Landsberg und Roske, haben es meisterhaft verstanden, ihren Schlag gegen die Revolution zu führen. Seit Wochen haben sie und ihre Brechsofsolen die Bevölkerung in eine panikartige Furcht vor dem „Spartakusbündel“ versetzt. Mit Lüge und Gemeinheit haben sie gegen revolutionäre Arbeiter und Soldaten gekämpft, die anderer Ansicht als sie waren über die nächsten Ziele und Aufgaben der Revolution. Nicht durch Verständigung, nicht durch Einigung des Proletariats, sondern mit brutaler Gewalt, mit Maschinengewehren und Handgranaten haben sie die Auseinandersetzung innerhalb der Arbeiterchaft zum Austrag gebracht.

Mehr noch: sie und ihre Helfershelfer haben den offenen blutigen Kampf gewollt. Lüge und Betrug ist es, wenn sie jetzt behaupten, sie wären stets für friedliche Austragung der Gegensätze im Sinne und auf dem Boden der Demokratie eingetreten. Mit Worten ja, aber in Wirklichkeit verhinderten sie jeden Friedenswunsch innerhalb der Arbeiterbewegung, unterbanden die Einigung des revolutionären Proletariats, sabotierten die weitere Fortführung der Revolution und trieben dadurch immer weitere Kreise des Proletariats in eine geradezu verzweifelte Stimmung.

Als dann eine Minderheit des Proletariats auf den Weg der Gewalt sich drängen ließ, da verhinderten sie es, daß die Vermittlungs- und Verständigungsaktion der Unabhängigen Sozialdemokratie Erfolg hatte. Sie vertriehen vielmehr den Widerstand der bürokratischen Kreise auf und riefen die militärische und politische Reaktion zur Hilfe auf.

Es ist bereits mit Sicherheit festgestellt, daß schamhafte Lockspiebel bei dieser Verschärfung des Kampfes an leitender Stelle mitgewirkt haben. Einer dieser Lockspiebel ist b. entlarvt. Der Kommandant der revolutionären Abteilung im Roskehaus, Drach, der die ganze Aktion im Reimungsquartier mitgeleitet hat, ist als langjähriger bezahlter Agent des Großen Hauptquartiers in der Schweiz festgestellt worden. Nicht umsonst wurde er von der Roskepresse in der zudorfernehmsten Weise behandelt — in nationaler Gegnerschaft gegen die Revolution fanden sich die edlen Seelen zusammen.

Der Zwiel Lubendorff's, Drach, war sicherlich nicht

Der einzige, der sich an der blutigen Forcierung der Ereignisse beteiligte. Aber die Rolle, die er in der von vornherein verfehlt angelegten Aktion im Zeitungsquartier spielte, beleuchtet blühend die ganze Situation. Es lag im Interesse der heimlich wirkenden Kräfte der Gegenrevolution, den Machtkampf in Berlin möglichst schnell zum Ausbruch zu bringen, ihn zu verschärfen und auf ein Gleich zu schieben, das den rechtssozialistischen Subaltern der Reaktion die Möglichkeit gab, einen vernichtenden Schlag gegen die revolutionären Arbeiter und Soldaten zu führen.

Mit voller Deutlichkeit offenbart sich nun die teuflische Spekulation der Gegenrevolutionäre. Eine Woche vor den Nationalwahlen werden Ereignisse in Berlin heraufbeschworen, die als Vorwand genommen werden, um das Proletariat zu entwaschen, den Belagerungszustand de facto einzuführen, die Militärdiktatur aufzurichten und die Bevölkerung in eine panische Furcht vor dem inszenierten Spartakusputsch zu versetzen. In derselben Zeit stehen — welcher glücklicher Zufall! — große Mengen von Truppen bereit, die von jeder politischen Aufklärung absichtlich ferngehalten und im alten Kadavergehörig zusammengepackt, als „Retter der Ordnung“ in Berlin einziehen, um gemeinsam mit der von Moske ausgerüsteten Weissen Garde ein Schreckenregiment aufzurichten.

Der Mordmord gegen die Genossen Liebknecht und Rosa Luxemburg krönt dieses teuflische Werk. Man wollte in ihnen das Haupt der proletarischen Revolution treffen, um auf dem geschaffenen Trümmersfeld das alte System, nur in neuer Ausprägung, wieder aufzurichten. Wie ein Aufatmen geht es nach diesem Mordmord durch die bürgerliche Welt. Man glaubt sich nun von den „Eldersfrieden“, von den „Gebern“, von den „ausländischen Agenten“ befreit. Man hofft, daß man nun, geschützt von Weissen Gardes und Moskischen Truppenteilen, ruhig und sittsam zu den Nationalwahlen schreiten könne, um die ruhige und sittsame bürgerliche Ordnung, befreit von der unangenehmen Einwirkung des Proletariats, wiederherzustellen.

Sie offenbart sich der Abgrund, der das Proletariat von der Bourgeoisie und ihren Helfershelfern trennt. Es gibt keine Brücke mehr, die die beiden Welten miteinander verbindet. Alle Versuche, sie herzustellen, sind von den um ihre Macht besorgten Kräften des Kapitalismus und Militarismus zerstört worden.

Ein Süben und Drüben nur gibt! Auf der einen Seite das Proletariat, das sich zu einem großen Teil um die Früchte der Revolution betrogen sieht, die große Armee der Arbeitenden und Schaffenden, die wieder in die alten Ketten geschnitten werden sollen, mit Lüge und Betrug schon jetzt gefesselt werden. Auf der anderen Seite die alten Kräfte des kapitalistischen Systems: das alte Bürgertum, das um seine Klassenrechte zittert, das höhere Beamtentum, das um seine Karriere und seine Machtstellung bangt, das Junkertum und seine Erbskinder, das seinen Besitz und seine Machtstellung zu erhalten sucht, das Offizierskorps, das um die Kommandogewalt kämpft, die die Grundlage seiner Existenz bildet. Zwischen diesen beiden Welten tobt der Kampf. Die Firma Ebert-Scheidemann-Moske ist nur das Aushängeschild. In Wirklichkeit hat sich unter ihrer Führung die alte Welt bereits gesammelt und soweit konsolidiert, daß ein anderer Ausweg als der des offenen Machtkampfes nicht mehr möglich erscheint.

Wir hätten gewünscht, daß uns dieser Kampf mit seinen blutigen Schrecken erspart bleibe, daß wir auf dem Wege der Demokratie zum Aufbau des sozialistischen Staates kämen. Aber die kapitalistischen Klassen wollen es anders. Sie wollen den Kampf. Sie wollen den Bürgerkrieg. Sie wollen die Ausnutzung des Machtkampfes nicht mit den Waffen des Stimmzettels und der Demokratie, sondern mit Hilfe von Maschinengewehren und Ständergeschützen.

Das Proletariat wird diesen Kampf aufnehmen müssen. Ihm bleibt kein anderer Weg übrig. Entweder Rückkehr in die alte Sklaverei oder Weiterstreiten auf der Bahn der Revolution. In welchen Formen dieser Kampf geführt wird, kann heute noch nicht abgesehen werden. Nur eines ist sicher: es wird ein harter Kampf werden. Alle Kräfte des Proletariats werden sich zusammenfinden. Sie werden sich nicht täuschen lassen durch die verräterische Politik der rechtssozialistischen Führer. Sie werden sich zusammenfinden in der entschiedenen Bewusstseinsarbeit zu den Mächten der alten Welt, die sie abermals in ein Meer von Blut und Schmutz gestochen haben.

Zunächst werden sie sich zusammenfinden in ihrem Kampfe gegen die systematische Verfallung der Wahlen zur Nationalversammlung. Sie werden den Plan der Scheidemann durchkreuzen, Wahllokale zu veranstalten, unerbötete Wahlen, bei denen die gesamte Bevölkerung terrorisiert wird, um das Blut der hingemordeten Proletarier zu Mandaten für ihre Partei und das hinter ihr stehende Bürgertum umzumünzen. Sie werden vielmehr das Herz der Revolution in die Nationalversammlung verpflanzen, indem sie Unabhängige Sozialdemokraten in das Parlament entsenden.

Die Kräfte des Proletariats richten aber ihre Aufmerksamkeit nicht nur auf die Nationalversammlung. Für sie ist das Parlament nur eine Kampfposition unter einer Reihe anderer. Sie dringen in diese Position ein, um überall am Platz zu sein, wo um das Interesse des Proletariats um die Zukunft des Sozialismus gekämpft wird. Sie rüsten aber auch zu Kämpfen, die außerhalb des Parlaments geführt werden, und dies namentlich jetzt, wo die Gefahr der Gegenrevolution so groß geworden ist, daß alles, was wir erobern, in Frage gestellt ist.

Ein neuer Abschnitt der deutschen Revolution bricht an — vielleicht der härteste, den wir zu überleben haben. Wir gehen ungebaut und fieser in diesen Kampf hinein, dessen Ausgang für uns nicht zweifelhaft ist. Und bei Beginn dieses Kampfes gibt es für uns und für alle, die mit uns sind, nur die eine Parole: Nieder mit der Regierung Ebert-Scheidemann!

Es lebe der Sozialismus, die Einheit des Proletariats!

Wer sind die Drahtzieher.

Zwischen dem Schindhaber Moske, Herrn Seilmann dem Herausgeber der „Sozialistischen Korrespondenz“, und dem „Berliner Tageblatt“ ist ein Streit darüber entbrannt, wer an der Ermordung der Genossen Liebknecht und Rosa Luxemburg mehr schuldig ist: die Bourgeoisie oder Herr Moske.

Wir wollen uns in diesen häßlichen Streit der Rubriker der Sabeldiktatur nicht einmischen. Wichtiges er-

scheint uns, daß ein anderes Moskblatt, die „Berliner Volks-Zeitung“, in ihrer gestrigen Abendnummer über die Ermordung der Genossen Liebknecht und Luxemburg schreibt:

„Die Möglichkeit eines Komplotts, einer sorgsam vorbereiteten Vorhandlung, liegt... vor. Immer stärker drängt sich diese Wahrscheinlichkeit auf. Wenn aber irgendwo die Drahtzieher sitzen, so dürften es viel härtere Naturen sein als die, welche man im sogenannten Berlin-W-Publikum findet, das übrigens durchaus nicht nur aus Bourgeois besteht, sondern zahllose Proletariatsregimenten in sich birgt. Sollten jemals Drahtzieher dieses Verbrechens gefunden werden, so wird man vielleicht staunen, aus welchen Kreisen sie stammen.“

Die letzten Worte klingen vielsagend, wenn auch mysteriös. Was weiß das Blatt über die „Drahtzieher“? Gerahmt mit der Sprache. Wer sich nicht zu Mitschuldigen dieses fürchterlichen Verbrechens machen will, muß alles, was zur Ermittlung der Täter dienen kann, kundtun.

Wer trägt die Schuld an der Ermordung Liebknecht's und Luxemburg's?

1. Die Soldaten, die sie erschlugen und erschossen.
2. Die Regierung Ebert-Scheidemann und ihr General Moske, die Berlin der Macht dieser unaufgeklärten und verhetzten Soldateska ausgeliefert hat.
3. Die Presse, die, allen voran der „Vorwärts“, mit dem Spartakusgespenst, mit Lügen und Märchen vom „roten Terror“ tagtäglich die Bevölkerung und ihre Soldaten Berlins in Angst, Schrecken und Wut gehetzt hat.

Dies sind die Schuldigen.

Gegen den Mordmord.

Wir erhalten folgende Zuschrift: „Die gesamte denkende Arbeiterschaft Deutschlands steht heute unter dem tiefen Eindruck der Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg. Ich, der ich bis jetzt der Partei der Mehrheit angehöre, erhebe mich als die größte Schande bezeugend, daß diese tapferen Kämpfer der Revolution von Regierungssoldaten der Reaktion zur Ermordung ausgeliefert worden sind. Es ist offensichtlich, daß Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht den reaktionären Verbrechern absichtlich in die Hände gespielt wurden, so man geht wohl in der Annahme nicht fehl, daß die feigen Schurke eigens zur Ausführung des Verbrechens hingestellt worden sind. Warum hat man die Mörder nicht sofort verhaftet?“

Ich selbst hatte mich in den ersten Tagen freiwillig zur Verteidigung des Reichstages gemeldet, konnte es aber dann, nachdem ich meine Umgebung genau gemustert hatte, mit meinem Gewissen nicht mehr vereinbaren, unter bürgerlichen Offizieren, wie beispielsweise dem Major von der Goltz, gegen meine Genossen zu kämpfen. Junge Offiziere, mit denen ich ins Gespräch kam, erklärten mir, es sei das Beste, wenn das Bürgertum mit den Mehrheitssozialisten zusammenginge. Solch ein Zutrauen haben diese Leute also schon zu der Regierung Ebert-Scheidemann bekommen. Im übrigen kann sich heute jeder überzeugen, daß sich die Militärfaste von Tag zu Tag breiter macht. Ich habe die lebhafteste Befürchtung, daß eines Tages ein Herr General dem Herrn Moske das Kommando aus der Hand nimmt und in seinem Sinne kommandiert. Die ausgelassenen Truppen der Regierung sind politisch völlig ungeheult und folgen ihren Führern durch die und dünn.

Die Demokraten.

Das Häuflein radikal-bürgerlicher Politiker, das sich bald nach der November-Revolution zur „Deutschen Demokratischen Partei“ zusammenschloß, hat inzwischen reichlich Anlauf erhalten und ist mit einem großen Aufwand an Kraft und Mitteln in den Wahlkampf gezogen. Aber konnte es zunächst scheitern, daß in diesem neuen Parteiparabell eine, wenn auch kleine, so doch zuverlässige, nicht allzu sehr kompromittierte Schar entschieden demokratisch gerichteter Männer und Frauen die Führung übernehmen und die politische Haltung bestimmen würde, so hat sich nur allzu bald gezeigt, daß die mahaebenden Kreise bereit waren, die politische Sauberkeit der Partei ihren Ausdehnungsmöglichkeiten zum Opfer zu bringen. Was jetzt mit viel Gelärm als „Deutsche Demokratische Partei“ um Wähler wirbt, ist ein Sammelsurium bürgerlicher Politiker, als deren gemeinsames Ziel man eigentlich nur noch anwachen kann: Verhinderung, daß aus dem Sieg des Proletariats am 9. November die sozialistische Umgestaltung des Wirtschaftslebens hervordringt.

Der ganze Freisinn ist geschlossen „demokratisch“ geworden, und von den ehemaligen Nationalliberalen hat sich wenigstens der größere Teil darauf besonnen, daß er bei der Vertretung dieser Demokratie eigentlich auch mitmachen könnte. So sind sie alle dabei: die Naumann, Müller-Meinungen, Rudan, Schäffer, Friedbera und so weiter. Nur die Kuhnmann und Stresemann haben keinen Unterschind gefunden. Man versteht eigentlich nicht recht, warum. Man fand wohl die Deutschen für allzu kompromittiert. Aber man ist doch auch so in einer Art und Weise kompromittiert, daß es auf ein bißchen mehr oder weniger schließlich nicht anerkennen wäre.

Sie nennen sich Demokraten. Aber gewiß nicht, weil die Demokratie für sie ein unaufsehbarer Glaubenssatz wäre. Wie könnte das der Fall sein bei Leuten, die bis in den November hinein nicht einmal alle Anhänger des gleichen Wahlrechts in Preußen waren, die zum erheblichen Teil die Gleichberechtigung der Frauen ablehnten, die sich während des Krieges so häufig einer Militärdiktatur unterwarfen, wie sie rückwärtsgerichtet, brutaler nicht sein konnte? Gewiß, heute zehren sie über die Diktatur, jetzt, da Ausdehnung ihres Einflusses durch das Proletariat droht. Heute veranstalten sie große Protestkundgebungen gegen jeden noch so harmlosen Einmarsch in die Pressefreiheit, weil er von Arbeitern herrscht. Solange die Länderei und Genossen am Ruder waren, die bürgerliche Freiheit skamlos verewalteten, und die Presse in der unerbitterten Weise schubriegelten, da mußten sich die

wenigsten der heutigen Kuser und Schreier, denn jene Diktatur richtete ihre Spitze nicht gegen die Bourgeoisie, sondern gegen das Proletariat, und — ja, Bauer, das ist ganz etwas anderes!

Sind das nicht auch dieselben Leute, die ja und amen saßen zu der schändlichen Politik der alten Machthaber, als sie sich hochtadelnd über das Selbstbestimmungsrecht der Völker im Osten hinworfelte? Die jeden als Landesverräter brandmarkten wollten, wer die Volksabstimmung für Elsaß-Lothringen forderte als selbstverständliche Konsequenz der Demokratie? Die selbst durch den Mund des Abgeordneten Spahn im Jahre 1916 sogar gemeinam erklären ließen, sie würden für die Fortsetzung des Krieges eintreten bis zur Eröffnung der notwendigen Sicherungen auch durch Gebietsvererbungen? Wo war bei all dem ihre demokratische Ueberzeugung?

Man kann nicht einmal sagen, daß all diejenigen, die jetzt in der Deutschen Demokratischen Partei die Führung haben, aus den Ereignissen des Novembers die Lehre gezogen haben, daß die Demokratie, die sich das Volk da erkämpfte, ein für allemal die Grundlage des künftigen Staatswesens bilden müsse. Wohl hat dieses und jenes Parteimitglied im Brüllen der Ueberzeugung versichert, daß alle Versuche, die Demokratie wieder zu beseitigen oder auch nur einzuschränken, mit allen Mitteln zurückzuweisen werden sollten. Aber neben den Verheerern des demokratischen, republikanischen Prinzips stehen andere von der Führung der Gütcher, Casselmann usw., die erst kürzlich noch wieder auf der bayerischen Bundesversammlung der Partei aus ihrem monarchischen Herzen kein Gebl machten.

Was sein, daß diejenigen, die sich heute in der Deutschen Demokratischen Partei zusammengefunden haben, von dem Gefühl durchdrungen sind, auf dem linken Flügel der Bourgeoisie zu stehen. Wirkliche, zuverlässige Demokraten sind es deshalb noch lange nicht alle. In jedem Falle wollen sie die Demokratie nur so weit, als in ihr noch Raum bleibt für eine freie Entfaltung der privatkapitalistischen Wirtschaft, für den Proletat fremder Arbeit, für jenes System, das den Besitzenden zum Herrn der Besitzlosen machen muß.

Die Sage um die „privatwirtschaftlich aufgebaute Welt“, sie ist im Grunde das einigende Band, das die Partei zusammenhält. Fernhaltung aller „sozialistischen Experimente“, wie man wieder und wieder zu sagen beliebt, ist ihr das wichtigste Ziel der Politik. Handelt es sich um Ausnahmen und Forderungen, die das Prinzip der Profitmacherei bedrohen, dann fährt Herr Theodor Wolff vom „Berliner Tageblatt“ nicht weniger aus der Haut als sein Kollege und Antipode Georg Bernhardt von der „Vossischen Zeitung“. Dann schwimmt in allen die stützliche Entrüstung über die Umstürler. Die „privatwirtschaftlich aufgebaute Welt“, — das ist ihr Heiligum, das unantastbar bleiben muß.

Dabei ist der Sozialismus im Grunde nichts anderes als die Konsequenz der Demokratie: die Ausdehnung des Grundgesetzes der Gleichberechtigung aller auch auf das wirtschaftliche Gebiet. Soll wirklich jeder dem anderen gleichberechtigt sein, so darf nicht gegeben werden, daß der eine als Besitzender, als Kapitalist ein sibiabares Uebergewicht gegenüber dem anderen, dem Besitzlosen, behält. Alle formale Gleichstellung der Bürger durch das Gesetz kann dieses Uebergewicht nicht beseitigen, höchstens einschränken. Immer wird derjenige, der über reiche Mittel verfügt, größere Ausichten des sozialen Aufstiegs, bessere Bildungsmöglichkeiten, mehr Zeit und Gelegenheit haben, auf andere einzuwirken.

Mit diesen Feststellungen ist natürlich nicht gesagt, daß die formale, die rein rechtliche Demokratie überflüssig wäre, solange nicht auch die Wirtschaft demokratisiert, das mit dem Besitz verbundene Uebergewicht beseitigt ist. Aber der konsequente Demokrat darf nicht dabei stehen bleiben, das gleiche Wahlrecht zu fordern und die Republik an Stelle der Monarchie. Er muß sich auch zur Sozialisierung der Wirtschaft bekennen.

Indem die bürgerlichen, die „deutschen Demokraten“ das ablehnen, beweisen sie, daß ihr Demokratismus durch kapitalistische Interessen bestimmt und begrenzt ist.

Der Kapitalist ist, dem wird man es schließlich nicht verdenken können, wenn er in seinem politischen Wollen bei der bürgerlichen Demokratie stehen bleibt. Ihm mag man es allenfalls noch als Verdienst anrechnen, daß er sich in Gemeinschaft mit Leuten begeben hat, denen man vertrauen kann, daß sie Freiheit, wenn auch nicht den Sozialismus, so doch wenigstens eine Politik ehrlicher Aktion der Volksrechte anstreben. Wer aber Interessen hat, die sich nicht mit denjenigen des Kapitals decken, der sollte erkennen, daß er in jenem Sammelsurium aufrichtiger und angeblicher Demokraten nichts zu suchen hat.

Wer in dieser Revolution den Anbruch einer neuen, besseren Zeit begrüßt und mitheilen will, ihre Errungenschaften auszubauen zum Wohle der breiten Massen, der darf nicht zögern trauen, die die festesten Stützen der alten Machthaber waren, die alles taten, die Revolution zu verhindern und die sie jetzt den Händen jener entwinden möchten, die für sie ihr Leben auf Spiel setzten.

Wer als Arbeiter oder Angestellter in Abhängigkeit vom Kapital lebt und ihm einen Teil seines Arbeitsvertrages als Profit des Unternehmers opfern muß, wer als kleiner Selbständiger seine Existenz von der kapitalistischen Entwicklung bedroht und jenseits dieser Existenz nur Unfreiheit und Armutselast steht, der darf bei der bürgerlichen Demokratie nicht stehen bleiben. Der darf auch nicht zu den Mehrheitssozialisten, zu der Partei der Ebert-Scheidemann-Moske gehen, die die Geiseln der bürgerlichen Demokraten be... und die konterrevolutionären Generale zum Schutz der bürgerlichen Ordnung gegen das Proletariat gegen die Revolution machen. Wer wirklich das arbeitende Volk zum Siege führen will gegen alle Mächte der Ausbeutung, des Betruges, des Volksbetruges; wer anräumen will mit der sich immer härter rührenden Reaktion, deren Sünde bereits mit dem Blute unserer Väter beudet sind; wer es verhindern will, daß die Nationalversammlung unter Führung der bürgerlichen „Demokraten“ und ihrer rechtssozialistischen Helfershelfer zu einer Festung der Gegenrevolution werde — der wähle am 19. Januar die

Unabhängigen Sozialdemokratie,

der einzelnen Partei, die auf der Macht der Revolution steht und das arbeitende Volk von allen Fesseln der politischen Sklaverei, von allem Schmutz und Blut der heillosen bürgerlichen Ordnung befreien und zum Sozialismus führen will.

Wir warnen!

Die Unabhängige sozialdemokratische Partei hat für heute nachmittags um 8 Uhr Massenversammlungen unter freiem Himmel einberufen. In diesem Augenblick „erinnert“ Herr Kossel daran, daß „Ansammlungen auf der Straße untersagt sind“.

Herr Kossel will also anscheinend das Signal zu einem Eingriff gegen diese Versammlungen geben. Die volle Versammlungsfreiheit ist durch ein Gesetz gesichert. Jede Beeinträchtigung dieser Versammlungen ist außerdem eine schandvolle Verletzung der Bestimmungen über die Sicherung der Wahlen. Wir erheben deshalb den schärfsten Protest gegen die Absicht irgendeiner Beeinträchtigung der Versammlungen. Die Empörung über das Verhalten des Herrn Kossel und seiner Kumpanen ist bis zur Siebeshöhe gestiegen. Mögen die Herren ein neues Blutbad vermeiden, so mögen sie dafür sorgen, daß die Versammlungen ruhig und ungehindert von Eingriffen der Soldateska stattfinden können. Andernfalls liegt alle Schuld bei ihnen!

Auf den Spuren eines Spießels.

Wir haben in dem heutigen Beiratsartikel die Doppelrolle beachtet, die Herr Drach der Kommandant der revolutionären Befehlstruppen im Moskauer, als langjähriger bezahlter Agent des Hauptquartiers in der Schweiz gespielt hat. Wie wir hören, haben der Moskauer Soldatenbund und die kommunistische Partei ein Verbot erlassen, das sich näher mit dieser Sache befassen soll.

Methode Ebert.

Die Reichsregierung hat an die russische Sowjetregierung einen Protest senden lassen, der sich gegen die Beteiligung „russischer Organe“ an der Spartakus-Bewegung wendet. Darin heißt es:

Die deutsche Regierung steht zunächst davon ab, aus diesem Grunde allen russischen Staatsangehörigen, die sich bisher frei in Deutschland aufhalten konnten, das gewöhnliche Wohnrecht zu entziehen, wozu sie an sich berechtigt wäre. Sie will jedoch keinen Zweifel darüber bestehen lassen, daß gegen alle Russen, die sich einer Unterstützung der aufrührerischen Bewegung schuldig gemacht haben oder noch in diesem Sinne tätig werden, auf das schärfste vorgegangen werden wird.

gez. Ebert. gez. Scheidemann.

Ebert droht also, alle Russen auszuweisen. Er übertrumpft damit die geüblichen Methoden des alten Lubenoff-Systems. Eine solche Angst hat diese „sozialistische“ Regierung vor revolutionären Ideen.

Bandolen.

Ueber die Plünderung des Bureaus der Fürsorgekommission für russische Kriegsgefangene stellen wir noch folgende Einzelheiten fest:

Am Mittwoch abend gegen 7 Uhr erschien auf dem Bureau ein militärisches Kommando und zeigte den beiden Leitern ein untergeordnetes Schriftstück vor, laut welchem das Kommando beauftragt war, eine Hausdurchsuchung vorzunehmen. Die Leiter des Bureaus erklärten sich zu der Durchsuchung bereit und führten das Kommando durch sämtliche Räume. Die Schränke und Schubfächer konnten dem Kommando aber nicht gezeigt werden, da die Abteilungsleiter in der Regel die Schlüssel mit nach Hause nehmen. Um das Kommando zu überzeugen, daß in dem Bureau nichts verhehrt war und daß auch während der Nacht nichts beiseite geschafft wird, vereinbarten die Leiter des Bureaus, daß einer von ihnen zusammen mit dem Kommando während der Nacht in den Räumen verbleiben solle.

Dem wurde auch zugestimmt. Der zurückgebliebene Leiter wurde aber später verhaftet und in das Reichs-Langzellenlager gebracht, wo er während der Nacht mit noch anderen Gefangenen in einem Keller untergebracht wurde. Als am anderen Morgen früh gegen 9 Uhr die Angestellten zur Arbeit gehen wollten, fanden sie das Haus von Truppen umstellt. Es zeigte sich, daß während der Nacht sämtliche Räume, Schränke, Tische und Büste erbrochen worden waren. Der zurückgebliebene Leiter war den Regierungswandoln anscheinend ein Hindernis, deshalb verhafteten sie ihn, um ihr verbrecherisches Handwerk ungehindert ausüben zu können.

Die Verhaftungen, die in den Bureauräumen durch die Plünderungen angerichtet sind, sind noch größer als diejenigen, die die Regierungswandoln in dem Parteibureau der U. S. V. angerichtet haben. Viele Schränke und Tische sind zertrümmert, desgleichen Stühle und andere Bureaueinrichtungsgegenstände. Alle Akten und Schriftstücke sind wild untereinander geworfen und zertrümmert worden. Am schlimmsten sieht es in dem Lebensmittellager aus. Hier waren Brot, Konerven, Marmelade, Tee, Zigaretten und andere Lebensmittel untergebracht, mit denen die hungrigen Kriegsgefangenen versorgt werden sollten. Der Raum wurde gewaltig erbrochen, alles, was sich darin befand, wild durcheinander geworfen und zertrümmert. Die Zwickelräume wurden ausgerissen und der Inhalt teils gestohlen, teils zu Rehl zertrümmert. Die Treppen sind gleichfalls zerstört worden, ein Teil des Inhalts wurde geraubt, der andere Teil zwischen Kistenbrechern, Säcken und zersehen Kartonnagen zerstreut. Sämtliche Konerven, sowie für etwa 60000 Mark Zigaretten wurden gestohlen. Der angerichtete Schaden beläuft sich insgesamt auf etwa 300000 Mark.

Rechtlich schlimm haben die Ordnungstruppen der Regierung Ebert-Scheidemann in dem Zimmer gehandelt, in welchem sich die Hinterlassenschaften und Wertgegenstände der in Deutschland verstorbenen Kriegsgefangenen befanden. Diese Andenken, Wertgegenstände, Geld und Schmuckstücke sollten an die Hinterbliebenen nach Rußland geschickt werden. Es ist nichts mehr vorhanden, selbst an den religiösen Heiligtümern, die die Gefangenen bei sich trugen und die nach ihrem Tode wieder in die Hände der Angehörigen gelangen sollten, vergriffen sich die Vandalen. Auch hier beläuft sich der Schaden auf ungefähr 300000 Mark. Die Plünderer haben zugleich die in derselben Etage untergebrachten Bureaus für Solabeschaffung und die Bureauräume der Hansa-Versicherungsgesellschaft erbrochen und ausgeplündert. Auf die Täter dieser Bandolen, die gegen Spartakus kämpften, kann die Regierung Ebert-Scheidemann wirklich stolz sein.

Wir stellen noch einmal fest, daß aus dem Hause nicht geschossen worden ist und daß keine Waffen, keine sonstigen Geschosse in den Räumen gefunden worden sind. Die Schüsse, die in den Nachtstunden die Bewohner der Straße erschreckten, wur-

den von den Regierungstruppen abgegeben, um die Türen und Schlösser der betreffenden Bureaus zu erbrechen.

Die Rechtssozialisten gegen die Einigung.

Die von den Massen stürmisch geforderte Einigung aller sozialistischen Arbeiter ist den Führern der Rechtssozialisten sehr unbecquem. Mit allen Mitteln suchen sie den Gedanken der Einigung herabzuwürdigen und den Eindruck zu erwecken, als wenn nur Sonderinteressen von Parteigruppen oder Personen den Einigungsgedanken verursacht hätten. So hat neuerdings der bayerische Minister Auer erklärt, daß er den Einigungsvorhaben das allergrößte Mißtrauen entgegenbringe und eben so sucht die „Münchener Post“ die Arbeiter gegen den Einigungsgedanken aufzurufen. Aber vergeblich. Der Einigungsgedanke, der aus den Massen entspringt, wird auch die Massen erobern.

Wer will die Einigung des Proletariats?

Die mehrheitssozialistischen Führer, die Leute vom „Vorwärts“ wollen sie nicht!

Nur die Unabhängige Partei arbeitet und kämpft für die Einigung der Arbeiter!

Helft ihr dabei!

Wählt die Listen der

Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei.

Eine schimpfliche Rechtfertigung.

In der letzten Vollversammlung der Groß-Berliner Sozialisten hatte der Mehrheitssozialist Brutus Rolkenbuhr scharfe Angriffe gegen das verbrecherische Treiben der von der Regierung Ebert-Scheidemann zur Bekämpfung der Revolution auf den Plan gerufenen Gardeverbände gerichtet. Die sozialistische Korrespondenz des Herrn Heilmann ist mit diesem Treiben einverstanden. Sie wendet sich gegen Rolkenbuhr, indem sie schreibt:

„Aber Brutus Rolkenbuhr ist dabei vollständig im Unrecht. Er betont selbst, daß die Berliner Truppen die Pflicht gehabt hätten, den Gewalttätigkeiten des Spartakusbundes von vornherein entgegenzutreten. Als am Sonntag die Zeitungen widerrechtlich beschlagnahmt wurden, haben sie sich alle an die Kommandantur, haben sie sich alle an Brutus Rolkenbuhr gewandt. Sie haben mitgeteilt, daß die Spartakus-Häuser, welche die Zeitungen befreit hatten, ganz klein seien, und daß man mit ein paar Dutzend entschlossener Leute den ganzen Kufraß im Reine unterdrücken könnte. Die Antwort der Kommandantur gegenüber allen Anträgen blieb die gleiche, sie habe keinen einzigen Mann zur Verfügung, den sie für die Wiederbefreiung der Zeitungen ausfinden könnte.“

Diese schimpfliche Rechtfertigung der in den letzten Tagen verübten Banditenstreiche der Regierungstruppen entspricht durchaus dem Charakter des Herrn Heilmann. Er war während des Krieges einer der tollsten Heher —, mit dem Ruf: Ich gehe zu Hindenburg! hat er sich offen zum Militarismus bekant und einer Zeit, wo Hunderttausende Soldaten und Proletarier nach Beteiligung von dem mörderischen Militärsystem suchten. Er hat die Internationalen mit Schmutz beworfen, er bewirft die Revolution mit Schmutz. Er billigt die Schreckenstaten der weißen Garde, er wirft seinen Kot gegen diejenigen, die sie verwerfen. Und nannte sich weiter Sozialist, er, der Anführer der militärischen Reaktion. Er läßt, indem er behauptet, die Truppen hätten gerufen werden müssen, um „Ordnung“ zu schaffen. Denn er weiß, daß verhandelt werden sollte, daß sich die Regierung oder auf Verhandlungen nicht einließ, weil es ihr auf eine brutale Machtdemonstration ankam. Er muß lägen, weil er gegen die Revolution, gegen den Sozialismus, gegen die Arbeiter ist. Er verdammt die Schreckenstaten der Soldateska nicht, weil sie seinen ureigensten Wünschen entsprechen.

Offener Brief.

An meinen langjährigen Arbeitskollegen Herrn Wilhelm Richter, a. St. Polizeipräsident

in Berlin.

Lieber Wilhelm!

Du suchst den Mann, der das Bürgertum beunruhigt hat, Du suchst Karl Liebknecht, den Mann, der als Erster den Ruf hatte, den Kriegstreibern entgegenzuarbeiten. Du suchst den Mann, der, wie aus einem Schreiben Liebknechts an den Reichstagspräsidenten hervorgeht, unter den Genossen im Parlament der Erste war, der gegen die Kriegskredite stimmte, der all den Verrug und auch all das Elend, das über uns gekommen ist, als Erster voraus sah. Du suchst den Mann, der den Ruf hatte, inmitten des Siegestraums im Interesse der Proletarier der Regierung ein „Halt“ bot! Du suchst den Mann, der mit Rat und Tat dabei war, die Monarchisten zu stürzen und der jetzt im guten Glauben, nicht für sich, wie jene Kriegstreiber, sondern für das Volk etwas Gutes, etwas Notwendiges zu tun, zu Mitteln greift, die zur Zeit nur Wenige für gut halten. Und du, gerade Du, als echter Proletarier, Du suchst den „Spartakus“, den Elendenbetreuer. — Hast Du, lieber Wilhelm, auch den Auftrag, diejenigen zu suchen, die an unserem Elend Schuld sind? Oder sollst Du einweilen nur diesen Elenden suchen, damit nach dem 18. Januar ein „Bürgerliches Gericht“, eine bürgerliche Regierung, Kasse ummt an einem Mann, der die Wahrheit sah und sagte? Hast Du nur diesen Auftrag, Wilhelm, so werde nicht zum Helfer eines Deiner Brüder. Du hastet nie etwas, was andere für Dich behüten mußten. Du hast nicht Geld und Gut. Hast Du ein Eigentum schänden, hast Du nicht wie andere Elenden von der Höhe, auf der Du nur scheinbar stehst, verblenden, werde kein „Heil“ Komm' zurück an Deinen Arbeitsplatz, komm'

wieder an meine Seite, wenn Du nichts Besseres tun sollst, Weib! Lieber unter uns! Bedenke, wie oft ich in der Werkstatt der rohen Gewalt weichen mußte. Bist Du nicht selbst einmal in berechtigter Erregung hinreichend, einen Kollegen blutig zu schlagen! Bist Du nicht eben nur deshalb Sieger, weil ich nicht mit denselben Mitteln antwortete, Bist Du nicht Sieger gerade deshalb, weil ich momentan nachgab? — Wie oft habe ich im Frieden wie im Kriege Dich und anderen an einen Ausbruch meiner Natur erinnert, einer einfachen Frau, die nicht einmal die Schule besucht wie wir. Ihr und mein Leidsjahr war immer: „Der Klügste gibt nach.“

Prüfe, lieber Wilhelm, was Du tust — prüfe!

Mit Gruß

Dein

langjähriger Kollege und Freund
Karl Liebknecht.

Das deutsche Friedensprogramm.

Die Reichsregierung veröffentlicht Richtlinien, an die sich ihre Vertreter an der Friedenskonferenz halten sollen. Nachdem Deutschland das Wilsonsche Programm angenommen habe, müssen sie zu dessen Durchführung alles Erforderliche tun; sie können aber andererseits Forderungen ablehnen, die über jenes Programm hinausgehen. Der Weiterführung eines Wirtschaftskrieges nach Friedensschluß werde sich Deutschland widersetzen. Es müsse unterzöglig eine auf Billigkeit und Gerechtigkeit beruhende Vereinbarung auf gegenseitige Einfuhr von Rohstoffen und Lebensmitteln getroffen werden. Auch seien die Fragen des Arbeiterschutzes und der Arbeiterversicherung auf der Grundlage der auf den letzten Internationalen Kongressen gefassten Beschlüsse zu regeln. Deutschland sei bereit, abzurufen und habe durch die Ausführung der Waffenstillstandsbedingungen seine Abnutzung im wesentlichen schon vollzogen. Die Heimführung aller gefangenen Deutschen sei zu fordern, ebenso die Wiedereinsetzung Deutschlands in seine kolonialen Rechte. Unter Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker müsse gefordert werden, daß es auch zugunsten des deutschen Volkes angewendet werde. Dies gelte insbesondere für die polnische und elsaß-lothringische Frage. Die Errichtung des Völkerverbundes werde einen Zustand dauernden Friedens verbürgen.

Verlegung des Hauptquartiers.

Es wird mitgeteilt, daß die Oberste Heeresleitung gegen Ende dieses Monats in eine Stadt im östlichen Teile Deutschlands verlegt wird. Dann wird wohl auch der große Feldzug gegen die Polen beginnen, bei dem die Herren Offiziere größere Vorhaben zu ernten hoffen, als im Kampf gegen die Arbeiter Berlins.

Generalkrieg in Schlesien?

Berlin, 17. Januar. Auch in der heutigen Verhandlung zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern der ober-schlesischen Gruben sowie dem Berg- und Hüttenmännischen Verein und dem Minister Giesch über die von den Arbeitern geforderten 500 Mark Entschädigungszulage wurde dieses Verlangen, da es in keiner Weise begründet ist, abgelehnt. Da eine Einigung nicht zustande kam, die Debatte aber ins Uferlose ging und tumultuarisch wurde, verließen die Regierungsbereiter den Saal. Der Generalkrieg dürfte vor der Tür stehen.

Die Vertreter der „Arbeiter-Regierung“ Ebert-Scheidemann verhandeln nicht mit Arbeitern. Sie „verlassen den Saal“.

Die Wahlen in Württemberg.

Das Ergebnis in Württemberg bedeutet einen kräftigen Aufschwung seit der letzten Landtagswahl 1912. Während der Anteil des Zentrum und der Demokratischen Partei (mit Nationalliberalen) um 12,8 Prozent zurückgegangen ist, ist der Anteil der Konservativen Partei um 0,8 Prozent und der der Sozialdemokratischen Partei und der Unabhängigen Partei um 11,8 Prozent gestiegen.

Bei den Wahlen zur Württembergischen Nationalversammlung, bei denen die Unabhängigen 4 Sitze errungen haben, ist u. a. die Genossin Clara Zetkin gewählt worden.

Gegen den Einmarsch in Polen.

Berlin, 17. Januar. Humanität tadelt die Entschlieung der Alliierten, Divisionen nach Polen zu schicken und die Eisenbahn Danzig-Thorn zu besetzen. Das Blatt schreibt: Unersättlich ist das Oberkommando der Alliierten. Es kann sich nicht damit beruhigen, daß das Ende des Krieges gekommen ist. Alles gibt ihm Vorwände, um ihn zu verlängern. Uebrigens ist es augenscheinlich, daß die Intervention in Polen weniger eine Hilfe für Polen als für die polnische Großbourgeoisie ist.

Aber auch in Deutschland können sich viele noch nicht damit beruhigen, daß das Ende des Krieges gekommen ist. Deshalb schreiben sie nach dem gewalttätigen Eingreifen gegen die Polen, betreiben die Bildung der Ostwehr, bei der es nur noch „Vertrauensmänner“ und keine Soldatenräte gibt, und wo sie so unumjährt herrschen können wie vor dem 9. November.

Die neue sächsische Regierung.

Der Vollzugsrat des Landrats Dresden betont in einer längeren Erklärung über den Austritt der Unabhängigen aus der sächsischen Regierung, daß die neue einheitliche Regierung in Uebereinstimmung mit der Politik Ebert-Scheidemann arbeiten werde. Es bedürfte nicht erst dieser besonderen Versicherung, um zu wissen, daß die sächsischen Minister sich mit ihrer Politik auch auf der sächsischen Bahn befinden.

Was sie mit dem Tode bestrafen.

Herr Straßburg (Westpr.) wurde von der SS. Inf.-Div. der Belagerungszustand verhängt, angeblich, wegen „parteilicher Umtriebe“. Es wurde durch Plakate in deutscher, polnischer und russischer Sprache bekannt gemacht, daß die Abrechnung von Plakaten der Bevölkerung unter Todesstrafe verboten ist. Wird der Täter nicht ermittelt, so hat die ganze Gemeinde dafür zu büßen.

Und was sagt die Reichsregierung dazu? Unser Gewohnheitsmann brachte sich ein Plakat zur Reichsregierung. Es wurde ihm abgenommen und zerrissen mit der Bemerkung: „Das ist ja alt!“

Kandidatenlisten der U. S. P.

(Unabhängige Sozialdemokratische Partei)

für die Nationalwahlen am 19. Januar 1919.

Wahlkreis Berlin

1. Emil Eichhorn.
2. Hugo Haase.
3. Gustav Lausant.
4. Luise Zieg.
5. Richard Herbst.
6. Margarete Wengels.
7. Dr. Hermann Weol.
8. Dr. Siegfried Weinberg.
9. Agnes Fabrenwald.
10. Hermann Müller.
11. Alfred Schwahn.
12. Hermann Claus.
13. Karl Siegle.
14. Wilhelm Thiel.

Wahlkreis Regierungsbezirk Potsdam 1 bis 9

(umfaßt die früheren Reichstagswahlkreise: Westprignitz, Ostprignitz, Ruppin-Templin, Prenzlau-Angermünde, Oberbarnim, Niederbarnim, Potsdam-Evandau-Osthavelland, Brandenburg, West-Havelland, Jüterbog, Luckenwalde, Zouch-Bezig).

1. Paul Brühl, Metallarbeiter, Lichtenberg.
2. Wilhelm Staab, Schuhmacher, Potsdam.
3. Dr. Rud. Breitscheid, Schriftsteller, Wilmersdorf.
4. Oskar Wihle, Stadtverordneter, Lichtenberg.
5. Frä. Marie Schüler, Freienwalde a. d. Ober.
6. Emil Olm, Werkmeister, Belten.
7. Richard Küter, Werkmeister, Karlsruh.
8. Ernst Behnke, Metallarbeiter, Reinickendorf-Ost.
9. Adolf Puhl, Bureauangestellter, Staalen.
10. Hans Plettner, Soldat, Perleberg.

Wahlkreis Regierungsbezirk Potsdam 10

(umfaßt Teltow-Beeskow, Charlottenburg, Schöneberg-Neukölln).

1. Zubeil, Frisch, Berlin.
2. Frau Böhm, Schöneberg.
3. Freigang, Max, Treprow.
4. Lachmund, Wilhelm, Neukölln.
5. Haase, Hugo, Berlin.
6. Herzfeld, Dr., Josef, Dakensee.
7. Künstler, Franz, Neukölln.
8. Reimann, Niederhöneweide.
9. Neumann, Erwin, Ablershof.

Auskunftsstellen über Wahllokale.

Um den Wählern, denen ihr Wahllokal nicht bekannt ist, Auskunft zu erteilen, wo sie zu wählen haben, sind in den einzelnen Kreisen Auskunftsstellen eingerichtet. An folgenden Stellen wird am Wahltag Auskunft gegeben:

1. Kreis:

- Königsp., Kohnstraße Ecke Friedr. rickstraße.
- Rihmann, Französische Str. 59.
- Burchardt, Klopffodstr. 45.
- Volk, Mittelstr. 39.
- Schulze, Rolkensmarkt 7.

2. Kreis:

- Wiemeß, Bülowstr. 55.
- Voerich, Buttkamerstr. 9.
- Karl Meyer, Lüchowstraße 7.
- Vittner, Gneisenaustr. 66.
- Dieple, Plan-Ufer 75.

3. Kreis:

- Bogel, Priker Str. 46.
- Geißler, Waldemarstr. 32.
- Rotte, Dollmannstr. 37.
- Bohy, Brandenburgstr. 22.
- Präse, Pringenzstr. 23.
- Wegener, Seidelstr. 30.
- Giebler, Ludaustr. 6.
- Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer.
- Kehsara, Reichsstr. 15.
- Baum, Stahlstraße 47.

4. Kreis:

- Eisert, Orantenstr. 106.
- Jakel, Glogauer Str. 5.
- Rohrke, Grünauer Str. 17.
- Sommer, Wiener Str. 26.
- Pier, Kaunbstr. 9.
- Philipp, Wrangelstr. 12.
- Engel, Oppelner Str. 47.
- Beniel, Falkensteinstr. 19.
- Schulz, Grüner Weg 109.
- Leidi, Krautstr. 30.
- Goldbach, Friedrichsberger Straße 27.
- Wolf, Köpcke Str. 10.
- Rehberg, Caprivistr. 21.
- Schwarz Lange Str. 53.
- Hübner, Grüner Weg 65.
- Kuhn, Bolener Str. 10.
- Dietrich, Komintener Str. 45.
- Duth, Warschauer Str. 61.
- Koßin, Gubener Str. 19.
- Witzhaus, Petersburger Str. 5.
- Kirch, Petersburger Str. 51.
- Kelow, Rigauer Str. 24.
- Waid, Kistler Str. 27.
- Kott, Strahmannstr. 27.
- Diple, Heidenfeld, Ecke Eberthstraße.
- Kaisch, Braunsberger Ecke Goldaper Straße.
- Vorwerk, Allensteinstr. 35.

5. Kreis:

- Trennett, Carmen-Zulba-Straße 55.
- Schuch, Rablanstraße 9.
- Zanke, Windstr. 12.
- Wallas, Barnimstr. 20.
- Wötling, Prenzlauer Str. 29.
- Clement, Sophienstr. 6.
- Mengel, Al. Auguststr. 14.
- Schneider, Martenstr. 9.
- Thiel, Rüdertstr. 7 (Zentrale Tel. N. 1003).

6. Kreis:

- Adermann Choriner Str. 18.
- Kurzd., Rionskirchplatz 6.
- Bugge, Kaitanien-Allee 95/96.
- Dahn, Wärtiger Str. 15.
- Klinge, Danziger Str. 71.
- Rahnkopf, Gneisenauener Ecke Carmen-Zulba-Straße.
- Willy Hoffmann, Loheneer Straße 8.
- Lachmann, Botolphmer Str. 50.
- Burton, Schiele-Heiner Str. 10.
- Hübner, Gaudystr. 18.
- Rehag, Koppenagener Str. 26.
- Rehmisch, Ewinemünder Str. 51.
- Denkel, Wiedomstr. 18.
- Thomas, Gortzenstr. 71.
- Dams, Schlegelstr. 9.
- Waldi, Flugstr. 3.
- Raber, Stephanstr. 11.
- Parsch, Cidenburger Str. 10.
- Petermann, Dabelberger Straße 15.
- Bausch, Bredowstr. 55.
- Kott, Zegeler Str. 20.
- Friedrich, Gerichstr. 10.
- Schulz, Steitiner Str. 52.
- Frisch, Drontheimer Str. 4.
- Rödel, Marxstr. 12.
- Deise, Brühlstr. 23.
- Warkhaus, Fopstr. 3.
- Sever, Müllerstr. 120.
- Witz, Kothoder Straße 37.
- Koll 3474;

Groß-Berlin.

Zur Wahl.

Die Wahlhandlung beginnt am morgigen Sonntag vormittags 9 Uhr; sie dauert bis 8 Uhr abends. Denke nimmer, ich komme noch zurecht, wenn ich möglichst spät gehe. Diese Ansicht ist falsch. Die Wählerzahl in den einzelnen Wahllokalen ist so groß, daß ununterbrochen gewählt werden muß, wenn alle zur Wahl Kommenden zu ihrem Recht kommen wollen. Aus diesem Grunde ergeht an die Wähler die Aufforderung:

Geht möglichst frühzeitig zur Wahl!

Um nicht wieder zurückgeschickt zu werden, versee sich jeder Wähler, jede Wählerin mit Legitimation. Als solche gelten Militärpapiere, Steuerzettel, Mietkontrakt u. a.

Stimmzettel werden beim Eintritt in das Wahllokal von den dort stehenden Stimmzettelertheilern ausgegeben. Die Liste der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei beginnt in Berlin mit den Namen Eichhorn-Haase.

in Niederbarnim mit Brühl, in Teltow-Beeskow mit Zubeil.

Wer sein Wahllokal nicht kennt, erhält an den hier veröffentlichten Stellen Auskunft; außerdem sind die Wahllokale an den Säulen amtlich bekanntgegeben.

Beim Eintritt in das Wahllokal wird jedem Wähler ein amtliches Kuvert eingehändig. In dieses Kuvert wird in der Wahlzelle vom Wähler der Stimmzettel eingelegt und zwar ohne zu schließen.

Dann begibt sich der Wähler an den Wahlstisch, nennt zuerst seine Wohnung, dann den Namen. Wird die Legitimation verlangt, so muß dieselbe vorgezeigt werden. Besser ist es, jeder hat die Legitimation schon in der Hand. Stimmt Wohnung, Name und genügt die Legitimation, so gibt der Wähler dem Wahlvorstande das Kuvert mit eingeschlossenem Stimmzettel, und der Wahlstisch ist beendet. Es darf nur ein Stimmzettel in das Kuvert gelegt werden.

Die Hauptfäule aber bleibt: Gehe jeder Wähler und jede Wahlberechtigte zur Wahl! Politische Rechte soll man nicht preisgeben, sondern das Proletariat muß alle Machtverhältnisse in seinem Sinne ausnützen.

Wer ist wahlberechtigt?

Jeder über 20 Jahre alte männliche oder weibliche Staatsangehörige hat heute das Wahlrecht. Möge er von diesem Recht den richtigen Gebrauch machen. Das tut er, wenn er die Liste der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei abgibt.

Von der Flugzeugmeisterei Ablershof.

Die Kopfflosigkeit der Regierung, die auf das bloße Stichwort Spornatus hin, sich zu den tollsten Streichen verleitete, demonstriert recht drastisch die Befehung der Flugzeugmeisterei durch die Regierungstruppen, die auf Befehl Koslos erfolgte. Als Grund wurden spartakistische Reigungen des dortigen Soldatenrats angeführt. Diese Demagogie als offenkundig aus von früheren Offizieren, die große Unterschleife an Lebensmitteln, die für den Konsum der dort beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen bestimmt waren, begehungen haben. Eine Reihe Offiziere erhielt regelmäßig alle erdenklichen Lebensmittel durch Soldaten in die Wohnung gebracht. So bekamen beispielsweise Leutnant J a n d e r, der militärische Leiter des Arbeiterkonsums, Major Wogenführ, Hauptmann Schmidt u. a. wöchentlich einige Rindfleisch, Schinken, Speck, Butter, Vutter, Fleisch, ein paar Torten, Wein und täglich frische Semmeln vom reinsten Weizenmehl. Von dem durch den Konsum erzielten Ueberschuß wurde in der Nähe Ablers ein Gut gekauft, das einige Offiziere als ihren Vertriebsort anfaßen. Sie pflegten dort die Jagd und gingen ihren Vergnügungen nach. Als der Soldatenrat diesen Schwindel entdeckte, hat er in humaner Weise die Schuldigen nur entlassen, statt sie zur Rechenschaft zu ziehen. Dafür haben sie ihn nun verleumdet und die Regierung ist darauf hereingefallen.

Mit dem Tage des Einzugs der Regierungstruppen in die Flugzeugmeisterei wurde die bis dahin in musterhafter Weise für Ruhe und Ordnung sorgende Wachmannschaft, durchweg ältere, zuverlässige Leute, ihres Postens enthoben und Diebstahl, Raub und Plünderung waren seitdem an der Tagesordnung. Vertrauensleute der Wachmannschaft haben mit Koslos und dem von der Regierung eingesetzten Kommandanten Hauptmann Braun Verhandlungen angebahnt, die, wie in einer Versammlung der Soldaten berichtet wurde, zu dem Ergebnis führten, daß die Wachmannschaften wieder in ihre alten Rechte eingesetzt werden sollen.

Die Verhaftung des Soldatenrats erfolgte ohne jeden materiellen Grund. Die Freilassung ist inzwischen erfolgt bis auf zwei Knechtler, die Genossen Petersdorf und Dabert, über deren Aufenthaltort weder Koslos noch der Kommandant Hauptmann Braun Auskunft geben konnten. Das sind wohl auch anarchoistische Zustände!

Alle Weisheiten.

An die sozialistische Zeit erinnert der jetzt mit aller Macht einsetzende Feldzug gegen die „Spartakiden“, wie er so schön in der bürgerlichen und mehrheitssozialistischen Presse heißt. Als im Jahre 1878 die Attentate auf den damaligen Kaiser Wilhelm I. verübt wurden und Bismarck das Sozialistengesetz durchgedrückt hatte, begann eine wilde Hetze gegen die Sozialdemokratie, ein Aeseltreiben, wie es noch nicht dagewesen. Jeder Sozialdemokrat wurde mit Wörtern und Tüchern auf eine Stufe gestellt und rücksichtslos verfolgt. In Bildern wurden unsere Anhänger mit aufgedunnen Gesichtern und Schnapshose mit struppigem Haar, die Petroleumfädel in der Hand zum Entsetzen des Bürgertums als das Sinnbild der Verwilderung und Verwahrlosung dargestellt. Wenn heute irgendwo ein Schuß fällt, ist der Schieber sicher ein „Spartakist“ oder wenn irgendwo ein Einbruch verübt wird, so kann man sicher sein, daß er den „Spartakiden“ in die Schuhe geschoben wird. Gewiß schämte sich heute nicht mehr je in die sozialistischen Parteien und zweifelhafte Elemente ein, und nach der Revolution ist das in besonders harter Weise der Fall. Für deren Taten aber allgemein eine politische Richtung oder eine Partei verantwortlich zu machen, galt noch immer als eine niedrige Kampfweise und kennzeichnet lediglich die Angreifer. Noch niedriger ist, bewußlos Verurteilungen gegen Personen zu erheben, die sich nicht verteidigen können.

Der Oberbefehlshaber Koslos veröffentlicht eine Bekanntmachung, nach der alle Ansammlungen auf der Straße verboten sind. Auch diese Anordnung ist nach altem Muster gefertigt.

„So ihrer Drei beschlüssen haben, Da sollen's sie auseinandergeben.“

Im Melchior hat der sogenannte freiwillige Helferklub sein Quartier aufgeschlagen. Er hat verschiedene Abteilungen einrichtet. Nachdem im Polizeipräsidium Genosse Eichhorn mit der politischen Polizei aufgedrückt hat, hat sich hier eine sogenannte Kriminalabteilung aufgetan, die auf Antrag oder auch auf Denunziation hin bei einzelnen politisch bekannten Personen erscheint und nach Herzenslust haushucht, ohne überhaupt eine Vollmacht vorzulegen. Kürzlich erschienen sie bei einem Genossen Brühne in der Ritterstraße, um bei ihm nach Eichhorn zu suchen. Die Soldaten sahen bald, daß sie von einem Herrn Thiene mißbraucht werden sollten, der aus Nähe den Genossen Brühne denunziert hatte, und gaben ihre Bemühungen bald auf. Sie sollten sogar Eigentum von Brühne mitnehmen. So schlimm haben die frühere Nachhaber nicht gewüht.

Der Ausweis wird jetzt von jedem Straßenpassanten gefordert. Die Straßenbahnwagen werden angehalten und die Fahrgäste nach Waffen durchsucht, auch wird von jedem Ausweis verlangt. Wir hatten gestern das Vergnügen, auf unserem Wege zur Redaktion nicht weniger als dreimal nach dem Ausweis angehalten zu werden.

Der Protest in Berlin.

Die Protestkundgebungen der Arbeiter gegen den Mordanschlag auf den Kaiser und gegen die Revolution durch die Koslegarde mehrten sich. Es haben in diesem Sinne beschlossen: Die Arbeiter der Flugzeugwerke Johannisthal, die Arbeiter und die Beamenschaft der Firma Schütte-Lanz in Jeesen, die Angestellten der Gewerbetriebe für die Industrie, Lichtenberg die Vertrauensleute und Betriebsräte der Firma C. L. Lorenz in Tempelhof einstimmig die Arbeitsniederlegung; die Arbeiter von Stod in Marienfelde beschlossen ebenso. Weiter schlossen sich dem Protest an: Die Arbeiter der Firma Belling u. Lübbe.

Die Stadt und die Arbeitslosen. Wie die städtische Gutsverwaltung mit Arbeitslosen verfährt, davon ein Beispiel. Ein Arbeitsloser erhielt vom städtischen Arbeitsnachweis Arbeit bei der Gutsverwaltung in Falkenberg nachgewiesen. Die Gutsverwaltung hat die Einstellung des Mannes abgelehnt und folgenden Vermerk auf die Karte geschrieben: „Gewendet, jedoch nicht eingestellt, weil wegen Diebstahl bestraft.“ Wie uns berichtet wird, liegt die Strafe 10 Jahre zurück, die Strafe muß also nach den erlassenen Bestimmungen im Strafregister gelöscht sein. Es ist unerhört, wie eine städtische Verwaltung mit Arbeitslosen verfährt.

Im Theater in der Köpenicker Straße wird gegenwärtig Wilhelm Stülckens neues Schauspiel „Burpus“ vorbereitet, dessen Uraufführung Ende dieses Monats stattfinden soll.

Aus den Organisationen.

Steglich: Wahlbureau U.S.P. Eichstraße, Bergstraße 9. Wahlbereiter werden noch bringen gebraucht. Meldungen bitte bis Sonntag früh 8 Uhr.

Tempelhof. Heute Flugblattverbreitung. — Morgen, am Wahltag, haben wir folgende Lokale als Wahlbureau für unsere Partei: 3., 4., 5., 6. Bezirk bei A. Hoffmann, Berder, Ecke Kaiserin-Augusta-Straße, 1., 2., 7., 8. bei Hansen, Borussenstr. 62, 9. Bezirk bei J. Doppel, Germaniastraße, Ecke Kottlieb-Dunfel-Straße. Wir bitten alle Parteigenossen, sich in diesen Lokalen zur Wahlarbeit einzufinden.

Bausow. Das Zentralwahlbureau der U. S. P. befindet sich im Restaurant „Zum Aurfärchen“, Berliner Straße 102. Alle Genossen und Genossinnen, die bei den Wahlarbeiten helfen wollen und noch nicht eingestellt sind, wollen sich am Sonntag morgens 8 Uhr im „Aurfärchen“ einfinden.

Bekanntmachung

betreffend

Wahl zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung.

Nach § 87 der Wahlordnung vom 30. November 1918 hat jeder Wähler seinen Stimmzettel in einem amtlichen Umschlag dem Wahlvorstande zu überreichen. Das Hineinlegen des Stimmzettels in den Umschlag muß so geschehen, daß der Wähler dabei von dritten Personen nicht beobachtet werden kann. In diesem Umschlag wird in jedem Wahlraum ein Voterraum (Wahlzelle) hergerichtet, in welchen sich jeder Wähler benehmen muß bevor er an den Wahlstisch tritt. Die Ausschaltung der Umschläge erfolgt einzeln am Eingange zu der Wahlzelle. Der Wahlvorsteher darf niemanden zur Stimmabgabe zulassen, welcher nicht vorher in der Wahlzelle gewesen ist.

Damit die Wahlen einen ordnungsmäßigen Verlauf nehmen, ist dringend geboten die Beachtung der folgenden

Ordnungs-Vorschriften:

1. Die zur Stimmabgabe erscheinenden Wähler nehmen einzeln hintereinander nach der Reihenfolge ihres Eintreffens Aufstellung und rufen so allmählich zu der Wahlzelle heran. Bei größerem Andrang ist es wünschenswert, daß das hintere Ende dieser Wählerreihe möglichst weit vor dem Eingange zum eigentlichen Wahlraum gebildet wird, damit ein Gedränge an dem Eingange vermieden und denselben Wählern, welche ihre Stimme bereits abgegeben haben, das Verlassen des Wahlraumes nicht erschwert wird.
2. Eine Ueberschreitung des Wahlraumes, durch welche das ordnungsmäßige Gehen der Wähler zur Wahlzelle oder das Verlassen des Raumes erschwert werden könnte, muß — insbesondere in der Zeit von 7 bis 8 Uhr nachmittags — vermieden werden. Es empfiehlt sich daher, daß im allgemeinen jeder Wähler, welcher seine Stimme noch abgeben hat, den Wahlraum sogleich wieder verläßt, sofern nicht ausdrücklich Satz zu weiterem Aufenthalt vorhanden ist. Der Raum vor dem Wahlstische und den Wahlzellen muß von allen Wählern freigehalten werden, damit der Wahlvorsteher die Wahlzellen übersehen kann.
3. Den im Interesse der Aufrechterhaltung der Ordnung vom Wahlvorsteher gegebenen Anordnungen ist unbedingt Folge zu leisten.
4. Zur schnelleren Auffindung des Wählers in der Liste dient es, wenn derselbe zuerst seine Wohnung und dann den Namen nennt. Hierbei weisen wir darauf hin, daß ein gleichzeitiges Erscheinen zusammengehöriger Familienmitglieder gleichfalls sehr zur Beschleunigung der Wahlhandlung beitragen wird.
5. Jeder Wähler, welcher es ermöglichen kann, über sein Wahlrecht in den Vormittagsstunden zwischen 9 und 12 Uhr aus.
6. Da nach Vorrichtung der Wahlordnung die Abstimmung pünktlich um 8 Uhr für geschlossen zu erklären ist, auch wenn sich noch Wähler im Wahlraum befinden, welche ihre Stimme noch nicht abgegeben haben, so wird dringend empfohlen, möglichst frühzeitig, spätestens aber zwischen 7 und 8 Uhr im Wahlraum zu erscheinen.

Wir haben das Vertrauen zu den Wählern, daß sie diese Ordnungs-Vorschriften auf das genaueste befolgen und solche Personen, welche etwa aus Unkenntnis hiergegen verstoßen, auf den Inhalt dieser Vorschriften aufmerksam machen.

Berlin, den 10. Januar 1919.
Magistrat,
Bismarck.

Verantwortlich für die Redaktion: Alfred Wiegand, Neukölln. — Druck der Eisenbrüder- und Verlags-Gesellschaft m. b. H. O. Schillbauerdamm 13.